Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"

Schriftleitung: Erich Schmidt, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 163 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 16. Juli 1930** **55. Jahrgang**

Hindenburg fährt nicht in die Rheinprovinz

Konflikt mit Braun — Der Reichspräsident fordert Aufhebung des Stahlhelmverbotes

Berlin, 16. Juli.

Der Herr Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgesagt.

Diese Absage hat er in folgendem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preußischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen.

Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, daß ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerns sie aber bisher nicht verfügt.

Statt dessen hat der preußische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichskanzler abschriftlich übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Verlangen und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preußische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen gesonnen sind. Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandbefreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mich zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfanden, zugelassen und in großer Zahl aufbrachen.

Diese ungleichmäßige Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Ueberparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nichts begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preußischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen;

aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgesagt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
gez. von Hindenburg".

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, 20. Juli, abends, unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Im Anschluß daran wird bekanntgegeben, daß der Stahlhelm Zusicherungen gegeben habe, sich jeder wie immer gearteten militärischen Betätigung zu enthalten. Auch sei die preußische Regierung rechtzeitig davon verständigt worden, daß die Reise des Herrn Reichspräsidenten unterbleibe, falls das Stahlhelmverbot nicht vorher aufgehoben würde.

Die Antwort des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 16. Juli. Auf das Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg über seine Nichtteilnahme an den Befreiungsfeiern in den preußischen Gebieten der rheinischen Bezirke hat Ministerpräsident Braun in einem längeren Schreiben geantwortet. Darin heißt es: „Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte."

*

Die Oberbürgermeister erheben Vorstellungen.

Wegen des abgesagten Besuches des Reichspräsidenten sind inzwischen von den Oberbürgermeistern der Städte Aachen, Koblenz, Trier und Wiesbaden Vorstellungen erhoben worden dahingehend, daß die Absage rückgängig gemacht wird mit Rücksicht darauf, daß zu dem Besuch des Herrn Reichspräsidenten bereits alle Vorbereitungen getroffen sind, und daß die Absage für die in Frage kommenden Städte eine große wirtschaftliche Schädigung nach sich zieht.

Unnütze Sorgen Poincares um die Saar

Paris, 16. Juli.

Poincaré fühlt sich wieder einmal verpflichtet, jene seiner Landsleute eines Besseren belehren zu wollen, die glauben, mit einer alsbaldigen Rückgabe des Saargebietes ihrem Vaterlande im Jahre 1935 eine peinliche Abstimmungsniederlage und damit eine peinliche Prestigeeinbuße ersparen zu können. Er veröffentlicht einen Artikel, in dem er zunächst meint, die deutsche Antwort auf die Briandsche Paneuropa-Denkschrift werde mit der italienischen Antwort der bestehenden Verträge übereinstimmen.

Mit den Ausschreitungen gegen „die rheinische Bevölkerung, die sich während der Besatzungszeit absolut korrekt gegenüber den französischen Behörden gezeigt habe", bezwecke man Rache für die Vergangenheit und eine Warnung für die Zukunft, die sich insbesondere gegen die saarländische Bevölkerung richte.

Die Saarverhandlungen seien infolge unannehmbarer deutscher Angebote vorläufig abgebrochen worden. Briand habe bereits seinerzeit Stresemann darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich keinerlei Interesse an einer Abänderung des Saarregimes habe und daher entschlossen sei, in der Stellung eines Verteidigers zu beharren. Die französischen Unterhändler hätten außerdem die deutsche Abordnung bei Verhandlungsbeginn darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich wohl sämtliche Wirtschaftsfragen gemeinsam mit Deutschland studieren, sich jedoch nicht darauf einlassen könne, irgendwelche Aenderungen in der durch die Verträge geschaffenen politischen Lage eintreten zu lassen.

Poincaré ist der Ansicht, daß eine Aenderung der Verträge eine ungerechtfertigte Vergewaltigung der Saarbevölkerung bedeutet hätte. Poincaré behauptet weiter, Wilson und Lloyd George hätten sich bei den Versailler Friedensverhandlungen nicht um die Wünsche der „Saarbevölkerung" gekümmert, die zum großen Teil für immer habe an Frankreich (!??) angegliedert werden wollen. Wenn es dem Völkerbund gelänge, die Meinungsfreiheit bei der Abstimmung im Saargebiet 1935 zu sichern, so sei es sehr wahrscheinlich, daß eine Reihe von Gemeinden entweder ihre Stimme für Frankreich abgeben oder aber sich zumindest für die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes aussprächen. (Die berühmten „100 000 Saarfranzosen" Clemenceaus spuken offenbar auch noch in Poincarés Kopf herum! Die Red.)

Deshalb habe Deutschland Frankreich immer zu bewegen versucht, gegen das Versprechen einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf die Volksabstimmung zu verzichten. Deutschrseits habe man bei den letzten eVrhandlungen die Taktik verfolgt, die Saarbevölkerung schon langsam auf die Rückkehr zu Deutschland vorzubereiten und das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen. Poincaré fordert schließlich die Franzosen auf, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest zu bleiben, da jedes Abrutschen unweigerlich katastrophale Folgen haben müßte.

Das Rezept der Bergarbeiter

Die rechte Antwort erteilt Poincaré der Allgemeine Deutsche Bergarbeiterverband, der in einer Verlautbarung schärfsten Einspruch gegen die Haltung der französischen Regierung bei den Saarverhandlungen erhebt. Die Form der Ausbeutung der Saargruben sei eine innere deutsche Angelegenheit, die nur vom Reich bestimmt werden könne. Mit welchem Recht verlange Frankreich eine Beteiligung an dem Besitz oder gar Ausbeute der Saargruben? **„Wenn nationalistische Engstirnigkeit und wirtschaftliches Machtstreben auf französischer Seite die Oberhand behalten, so ist die Saarbevölkerung und insbesondere die Saarbergarbeiterschaft bereit, mit dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Stimmzettel ihre Zukunft zu entscheiden. Diese Entscheidung ist nicht zweifelhaft."** Es komme weder das heute politisch entrechtende und die Wirtschaft drosselnde Völkerbundsregime, noch viel weniger ein solches französischer Art in Frage. Bei der Behandlung der Saarfrage könne Frankreich den so oft von Paris aus verkündeten Gedanken einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker geradezu demonstrieren. Nicht in schönen Friedensmemoranden reife die Völkervereinigung, sondern allein in Friedenstaten.

Deutsch-holländische Paßschranken fallen

Haag, 16. Juli

In der vergangenen Woche im Haag begonnene Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der niederländischen Regierung über Paßerleichterungen sind abgeschlossen worden. **Das Ergebnis kann als ein Fortschritt auf dem Wege zum völligen Abbau der Paßschranken zwischen Deutschland und den Niederlanden angesehen werden.** In Aussicht genommen sind insbesondere weitgehende Erleichterungen für den beiderseitigen Ausflugsverkehr. Die Vereinbarungen, die noch der Bestätigung durch die beiderseitigen Regierungen bedürfen, sollen möglichst noch in diesem Sommer in Kraft gesetzt werden.

Artikel 1 des Deckungsprogrammes angenommen

Ueberraschende Nachgiebigkeit der Sozialdemokratie — Ein großer Tag im Plenum — Die Reichstagsauflösung wird doch noch erwartet

Berlin, 15. Juli.

Wieder einer jener entscheidungsschweren Tage im Reichstag, die sich schon äußerlich als solche erkennen lassen: Autos über Autos vor dem Portal, geschäftiges Hin und Her in allen Sitzungszimmern und auf den Wandelgängen. Es war aber nicht nur ein sogenannter großer Tag. Die ungeheuer schwerwiegende Entscheidung, vor der der Reichstag diesmal stand, verbreitete im Hause jene lähmende Spannung, jene allgemeine Verwirrung und Ratlosigkeit, die sich in allen Mienen ausdrücken und die am Dienstag noch durch die wie eine Bombe wirkende Absage Hindenburgs verstärkt wurden. Was wird werden? Diese Frage stand auf allen Gesichtern zu lesen. Auch die Zwischenträgerei feiert an solchen Tagen Triumphe. Ein Vorschlag taucht auf, wird lebhaft diskutiert, wieder verworfen, um einem andern Platz zu machen. Wie droendes, schwarzes Gewittergewölk lastete am Dienstag der Art. 48 über dem Reichstag. Die Entscheidung war ja eigentlich schon gefallen, als das „Nein" der Deutschnationalen feststand. Nur darüber, welches der Inhalt des so sorgfältig geheimgehaltenen Kabinettsbeschlusses war, liefen in den Wandelgängen die verschiedensten Kombinationen um. Soviel wußte man bereits, daß eine Reichstagsauflösung vom Kanzler deshalb nicht ausgesprochen werden würde, weil die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung noch nicht vorlag.

Interesse erweckte, als die Sozialdemokratie trotz ihres scharfen Tones die Bereitwilligkeit zum Einlenken zeigt. Diese Vermutung findet ihre Bestätigung bei der Abstimmung über den Artikel 1, der bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen wird. Die Sozialdemokratie will also, um ihre Stellung in Preußen nicht zu gefährden, im Reich erneut verhandeln.

Bei der Deutschen Volkspartei machen sich naturgemäß gegen die Forderungen der Sozialdemokratie bereits heute starke Widerstände geltend. Wenn es gelingen sollte, ein Einvernehmen mit der Sozialdemokratie zu erreichen, wenn auch nur dahingehend, daß die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten, ist zu erwarten, daß vor allem zunächst wieder die Vorlagen an den Steuerausschuß zurückgehen und frühestens Ende der Woche erneut ins Plenum gelangen. Man rechnet jedoch in gut unterrichteten Kreisen damit, daß eine Einigung nicht wird erzielt werden können. Man erwartet alsdann, daß die Vorlagen aufgrund des Artikels 48 verkündet werden. Man rechnet weiter damit, daß sich im Reichstag keine Mehrheit für eine Aufhebung der so verkündeten Gesetze finden wird.

Das Zentrum hat die Verhandlungen mit der SPD. schon aufgenommen. Am Dienstagabend fanden Unterredungen zwischen dem Zemtrumsabgeordneten Esser und den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller-Franken und Dr. Breitscheid statt. Hierbei wurde die Frage erörtert, ob und in welcher Form die Sozialdemokraten bereit wären, der Regierung eine parlamentarische Mehrheit durch Stimmenthaltung zu sichern. Der Unterhaltung wohnte auch der Reichskanzler Dr. Brüning als Gast bei. Im Anschluß daran fand eine Besprechung mit den Parteiführern der hinter der Regierung stehenden Parteien statt, in der diese über die Unterhaltung mit den Sozialdemokraten unterrichtet wurden. Die Besprechungen wurden am späten Abend außerhalb des Reichstages fortgesetzt. Sicherem Vernehmen nach hat der preußische Ministerpräsident Braun am Dienstag mittag persönlich eingegriffen und versucht, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu stärkerer Nachgiebigkeit gegenüber der Reichsregierung zu bewegen. Unbestätigten Gerüchten nach soll erwogen werden, die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in der dritten Lesung der Deckungsvorlage dadurch zu gewinnen, daß die Kopfsteuer, die von den Sozialdemokraten besonders scharf bekämpft wird, eine Modifizierung in der Form erfährt, daß sie gestaffelt wird. Außerdem ist geplant, daß der § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die unbegrenzte Darlehnspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung vorsieht, wieder hergestellt wird.

Die entscheidende Sitzung

Ein letzter Appell der Reichsregierung.

Erwartungsvolle Spannung lag über dem dichtbesetzten Haus, als die entscheidende Reichstagssitzung um 15 Uhr eröffnet wurde. Die Tagesordnung wurde insofern erweitert, als der wirtschaftsparteiliche Antrag auf Reichstagsauflösung mit der Beratung der Deckungsvorlagen verbunden wurde. Zunächst wurde der Ausschußbericht über die Anträge zur Neuroder Grubenkatastrophe behandelt. Der Ausschuß empfiehlt einen Antrag, der die Regierung ersucht, mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern.

In einer Ausschuß-Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe in Neurode bis zu 1 Million Rm. dem Bergmannsfonds für den niederschlesischen Steinkohlenbezirk beim Oberbergamt Breslau zur Unterstützung der Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Bergleuten des Waldenburg-Neuroder Steinkohlenbezirks und ferner zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirkes zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschußantrag und die Ausschußentschließung werden angenommen.

Sodann wurde das Weingesetz in zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen.

Nunmehr folgt die zweite Beratung der Deckungsvorlage. Dazu ist von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett eingegangen.

Reichskanzler Dr. Brüning

erklärt, er wolle zu der Vorlage keine lange Rede halten, denn das Volk verlange eine schnelle Entscheidung und keine weiteren Reden. Ueber dem Volk liegt ein dumpfer Druck, ein Gefühl der Unsicherheit, das ungeheuer hemmend und belastend wirkt für die Wiederankurbelung der gesamten Wirtschaft.

Das Volk hat im Lande ein sehr starkes Verständnis dafür, daß die Regierung vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe steht. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Depression, sondern einen völligen Strukturwandel der Wirtschaft, eine Preisrevolution auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wir haben keinen Grund zu einem schrankenlosen Pessimismus, denn

für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preissenkung keinen Abstieg, sondern den Beginn des Wiederaufstiegs.

Wenn die Reichsregierung nicht alle Maßnahmen ergriffe, um diesen Wiederaufstieg zu ermöglichen, dann hätte sie ihre Pflicht gröblich verletzt. Die Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Maßnahmen, auch für die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß vorher das Defizit des Reichsetats gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr, als die von der Regierung vorgeschlagenen. Wir können keine Osthilfe gewähren, wir können die Arbeitslosenversicherung nicht sanieren, wenn das Defizit nicht gedeckt ist. Was wir jetzt machen, ist nichts weiter als Aufräumungsarbeit. Diese Arbeit ist notwendig, wenn wir im Herbst zu der großen Reform unserer Finanzen kommen wollen, die vor allem eine wesentliche Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten bringen soll.

Sollte es nicht möglich sein, durch das Parlament die Deckung zu beschließen, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die notwendig sind, zur Abdeckung des Defizits des Reichshaushalts.

Abg. Esser (Ztr.) beantragt, mit Rücksicht auf die eben gehörte Erklärung des Reichskanzlers die Beratung der Vorlage nicht in der üblichen geschäftsmäßigen Form vorzunehmen, sondern die Entscheidung dadurch zu beschleunigen, daß nur über den Artikel 1 der Vorlage mit viertelstündiger Redezeit beraten und dann durch eine Abstimmung die Entscheidung herbeigeführt wird.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, dieser Vorschlag Esser bedeute eine solche Abweichung von allen geschäftsordnungsmäßigen Gepflogenheiten, daß die Sozialdemokratische Fraktion erst dazu in einer Sitzung Stellung nehmen müsse. Er beantragt, die Weiterberatung um eine Stunde zu unterbrechen.

Es wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, die Beratung um 1 Stunde zu unterbrechen.

Abg. **Meyer** (Dem.) gibt für die demokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: In der schweren Lage, in der sich durch die ungeheure Arbeitslosigkeit die deutschen Finanzen befinden, versagt sich die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion nicht der Pflicht, der Finanznot abzuhelfen. Wir betrachten das ganze Gesetzgebungswerk als eine Teilreform, die unverzüglich weiterzuführen ist, vor allem durch die Sanierung der Gemeindefinanzen und durch die endliche Vereinfachung und Verbindung des Verwaltungsaufbaues mit Reich und Ländern. Wir glauben, daß wir nicht das Recht haben, diese Teilreform abzulehnen, weil wir nicht mit allen Deckungsvorlagen einverstanden sind. Das deutsche Volk ist des langen Hin- und Herverhandeln müde und erwartet vom Reichstag einen Entschluß. Die Verständigung auf solchen Entschluß ist nur möglich, wenn jede Partei Opfer bringt. Die Parteien, die es hieran fehlen lassen, tragen zur Untergrabung des Parlamentarismus bei.

Nach

Wiedereröffnung der Sitzung

wird der Vorschlag Esser mit der Aenderung angenommen, daß für die Aussprache über den Artikel 1 eine halbstündige Redezeit zugelassen ist.

Abg. **Keil** (Soz.) erklärt: Die Regierung Brüning befindet sich in einer Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gibt, nämlich das Zurück. Eine Fraktion, die kein Verantwortungsgefühl hat, könnte diese Situation mit Schadenfreude erfüllen. Die sozialdemokratische Fraktion weiß sich von solchen Gefühlen frei. Die Deckungsvorschläge der Regierung sind schon rein summenmäßig unzulänglich. Wir fordern größte Ersparnisse im Etat, aber nicht auf Kosten der unschuldigen Opfer der planlosen kapitalistischen Wirtschaftsform. Wir werden Vorschläge machen, die besser sind als die der Regierung. Wir schlagen einen 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer mit angemessener Freigrenze vor. Dieser auf ein Jahr beschränkte Zuschlag ist weit gerechter als die unsoziale Kopfsteuer. Die schwersten Bedenken haben wir um die Ledigensteuer. Die Bürgersteuer ist in der vorgeschlagenen Form für uns unannehmbar. Das allerbedenklichste ist die Verknüpfung der Deckungsvorlage mit Angriffen auf die Sozialversicherung. Die Regierung hat noch gar nicht alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, sie hat noch nicht einmal die starken Kräfte der größten Partei des Hauses, der Sozialdemokratie, in Anspruch genommen. Wir haben wahrhaftig nicht nötig, uns anzubiedern; aber in dieser ernsten Stunde müssen zimperliche Erwägungen der Taktik zurücktreten. (Lärm bei den Kommunisten, der kommunistische Abg. Münzenberg wird zweimal zur Ordnung gerufen.) Wollen die bürgerlichen Parteien den Vertretern der Arbeiterschaft keinen Platz in der Regierung zubilligen, dann muß die in der Minderheit bleibende Regierung zurücktreten.

Kann keine neue Regierung mehr Halt finden, dann muß das Volk zur Entscheidung aufgerufen werden durch Auflösung des Reichstages und durch Neuwahlen.

Abg. Dr. **Oberfohren** (Dnt.) gibt folgende Erklärung ab: Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß keine irgendwie wesentliche Aenderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung eingetreten ist. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist daher entschlossen, auf dem Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung abgegeben hat.

Abg. Dr. **Föhr** (Z.) stimmt der Deckungsvorlage zu. Diese Vorlage sei sicherlich in manchen Einzelheiten unpopulär. Sie verlange Opfer von allen Volksschichten. Diese Opfer seien aber notwendig, um das Defizit in der Reichskasse zu decken und so den Weg freizumachen für eine dauernde Reform des Finanzwesens.

Abg. **Neubauer** (Komm.) bezeichnet die Reichskanzlerrede als die Ankündigung der fascistischen Diktatur.

Abg. Dr. **Scholz** (DV.) erklärt, die Deutsche Volkspartei wünsche vor allem eine Senkung der Ausgaben und eine Wiedererweckung der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden. Die Volkspartei stimme der neuen Deckungsvorlage zu, um dieser Regierung in der jetzigen Zeit der Not die Möglichkeit zur Durchführung der notwendigen Reformen zu geben.

Nach weiterer Debatte wurde Artikel 1 der Deckungsvorlage bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Die Beratung geht Mittwoch 15 Uhr weiter. Die endgültige Abstimmung findet gleichfalls am Mittwoch statt.

*

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und des Straßenbaues (Baukreditgesetz 1930). Angenommen wurde dazu ein Antrag der Sozialdemokraten, der in das Gesetz neben der Deutschen Bau- und Bodenbank auch noch mit den gleichen Aufgaben die Reichskredit A.-G. einschaltet. Mit dieser Maßgabe wurde der gesamte Gesetzentwurf vom Ausschuß genehmigt.

Es folgte die Beratung über das Pensionskürzungsgesetz. Das Gesetz wurde angenommen mit der vom Zentrum beantragten Aenderung, daß nicht das gesamte Einkommen, sondern nur das versteuerbare Arbeitseinkommen für die Pensionskürzung angerechnet werden soll. Das Gesetz wurde dahin ergänzt, daß es auch für die Reichsminister gelten und sinngemäß angewandt werden soll auf die Beamten von Reichsbahn und Reichsbank, der Länder und Gemeinden. Es wird also das Ruhegehalt um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitseinkommen den Betrag von 6000 Mark jährlich übersteigt. Das gilt auch sinngemäß für die Offizierspensionen.

Der Ausschuß beschloß noch, als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober 1930 zu bestimmen. Damit war die erste Lesung des Pensionskürzungsgesetzes erledigt. Es wurde auch der Pensionshöchstbetrag von 12 000 Mark jährlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in erster Lesung vom Ausschuß genehmigt.

*

Arbeitslosenversicherungsbeitrag 4½ Prozent

Vom Steuerausschuß angenommen

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags führte am Dienstag die erste Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zu Ende. Bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen wurde die Beitragserhöhung auf 4½ Prozent angenommen. Mit den Stimmen der Deutschnationalen und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde, dem Antrag der Regierungsparteien entsprechend, beschlossen, daß vom 1. April 1931 ab der Höchstbetrag der Darlehen für die Arbeitslosenversicherung nach § 163 jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt wird.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde weiter eine Entschließung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, im Laufe des Winters eine Denkschrift vorzulegen, in der die Möglichkeiten grundsätzlicher Umgestaltungen in der Arbeitslosenversicherung erörtert werden.

Deutschlands Antwort an Briand

Paris, 16. Juli. Botschafter v. Hoesch hat die Antwort auf das Memorandum der französischen Regierung vom 1. Mai 1930 über die „Organisation einer europäischen Bundesordnung" im französischen Außenministerium überreicht.

In dieser Antwort heißt es: Die deutsche Regierung hat es mit Genugtuung begrüßt, daß die französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland, das, in der Mitte des Kontinents gelegen, von diesen Mängeln und ihren Auswirkungen in besonders hohem Maße berührt wird.

Kein Land hat an der Beseitigung dieser Mängel ein höheres Interesse als Deutschland. Die deutsche Regierung wird daher bereitwilligst an der Lösung des Problems mitarbeiten und stellt sich für eine eingehende Beratung während der Tagung des Völkerbundes im Herbste d. J. zur Verfügung. Sie sieht das Endziel darin, im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.

In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß. Die deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf.

Jede Spitze gegen andere Länder oder Kontinente ist zu vermeiden. Die Wechselwirkungen zwischen den europäischen Ländern ist auf manchen Gebieten stärker als die Wechselwirkung innerhalb Europas. Solche interkontinentale Beziehungen einschränken zu wollen, wäre verfehlt. Auch der Ausschluß solcher europäischen Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei, widerspräche der bisher mit Recht geübten Praxis.

Die französische Regierung betont die Notwendigkeit, die europäische Aufgabe von der politischen Seite aus in Angriff zu nehmen und erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen an bestimmte wirtschaftliche Probleme heranzutreten. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an den politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden kann. Sie hat ihre Auffassung bei den verschiedensten Gelegenheiten dargelegt und braucht in dieser Beziehung nur an ihre Stellungnahme bei den Diskussionen über die Fragen der Sicherheit, der Abrüstung, der nationalen Minderheiten und des Ausbaues des Völkerbundspakts zu erinnern.

Das Eine möchte die deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen: Alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen.

Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschrittes begrüßt und genutzt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden.

Aus dem Flugboot gestürzt

Warnemünde, 16. Juli.

Ein nicht alltäglicher Flugunfall, bei dem ein Schüler der Deutschen Verkehrsfliegerschule den Tod fand, hat sich bei Warnemünde über der Ostsee ereignet. Ein Heinkel-Schuldoppeldecker der Deutschen Verkehrsfliegerschule, eine Schwimmermaschine, befand sich in etwa 1000 Metern Höhe, als der Pilot plötzlich feststellte, daß das Höhensteuer nicht mehr zu bewegen war, weil sich der Riemen des mitgeführten Photoapparates in den zu den Steuerflächen führenden Kabeln verfangen hatte.

Im nächsten Augenblick überschlug sich die Maschine, wobei der Begleiter, Flugschüler Hamkens, herausstürzte, wogegen der Pilot sich, während er mit dem Kopf nach unten hing, mit aller Kraft am Steuerhebel festklammerte.

Die Maschine sackte immer tiefer. Im letzten Augenblick gelang es dem Piloten, die Steuerung am Leitwerk zu bedienen und, kaum 100 Meter über dem Wasser, den Doppeldecker wieder in die Normallage zu bringen und glatt auf dem Meere niederzugehen. Die Suche nach der Leiche des abgestürzten Begleiters war bisher erfolglos.

Sklarek-Voruntersuchung abgeschlossen

Am Dienstag wurde in Berlin die Voruntersuchung in Sachen Sklarek und Genossen geschlossen, und zwar gegen die Brüder Max, Leo und Willi Sklarek, die Bürgermeister Schneider und Kohl, die Stadträte Degner und Benecke, die früheren Stadträte Gäbel und Schüning, den Stadtamtsrat Sakolofsky, den ehemaligen Prokuristen der KVG., Liebert, den Buchhalter Lehmann und den ehemaligen Buchprüfer des Finanzamtes, Luding.

Der den Stadtbank-Komplex betreffende Teil, an dem 9 weitere Angeschuldigte beteiligt waren, wurde bereits am 13. März 1930 geschlossen. Der äußerst umfangreiche Stoff, der niedergelegt ist in 87 Hauptakten, 40 Bänden Gutachten, 1200 Beiakten und rund 2000 beschlagnahmten Geschäftsbüchern und Korrespondenzmappen, ist jetzt so weit geklärt, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage abfassen bzw. etwaige Anträge auf Außerverfolgungsetzung stellen kann.

Zurzeit bestehen noch Haftbefehle gegen die 3 Brüder Sklarek sowie gegen Gäbel, Degner und Lehmann, jedoch sind alle sechs mit der Haft verschont, die 3 Sklareks wegen Haftunfähigkeit, die übrigen nach Sicherheitsleistung.

Kurznachrichten.

Die Ministerpräsidentenwahl im sächsischen Landtag blieb ergebnislos. Für den Abgeordneten Dr. Krug von Nidda wurden 46 Stimmen der Rechten abgegeben. Der Sozialdemokrat Lipinski erhielt 32, der Kommunist Renner 13, der Demokrat Dr. Külz 2, der Abgeordnete der Volksnationalen Reichsvereinigung Dr. Richter ebenfalls 2 Stimmen.

*

Der Lehrer Kirsch aus Marienfelde (Kreis Osterode), der am Sonnabend in der Nähe von Marienfelde durch die polnische Grenzpolizei festgenommen worden war, wurde, nachdem Landrat Menger seine Freilassung mit aller Energie betrieben und auch einen Lokaltermin abgehalten hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt.

*

Ein Regierungsrat suspendiert.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist der Regierungsrat von dem Knesebeck, der sich in nationalsozialistischem Sinne betätigt haben soll, vom Dienst suspendiert worden. Der Regierungspräsident hat ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Schweden bezeichnet Paneuropa als verfrüht.

Der schwedische Außenminister hat dem französischen Gesandten in Stockholm die Antwort Schwedens auf Briands Denkschrift übergeben. Schweden steht dem Gedanken einer engen und gemeinsamen Zusammenarbeit der europäischen Staaten durchaus wohlwollend gegenüber und will gern an der Aussprache in Genf teilnehmen. Es hält es aber für verfrüht, schon jetzt einen europäischen Zusammenschluß mit jährlichen Konferenzen usw. zu bilden.

Aus der Heimat

Mittwoch den 16. Juli 1930.

Nachbarn

Eine Vorbemerkung: Unter Nachbarn sind hier auch die Hausmitbewohner zu verstehen.

Tagtäglich stöhnen wir: „O diese Nachbarn! Unerhört, was die sich herausnehmen! Da haben die Ypsilons einen Köter, der bellt die ganze Nacht hindurch. Schlafen, ausgeschlossen! Warum haben die das Biest nicht längst um die Ecke gebracht oder verschenkt, an einen Herrn verschenkt, der in Afrika oder Australien wohnt? Und dann nach dem Essen, wenn wir eine halbe Stunde oder, wenn wir es uns leisten können, eine ganze Stunde schlafen wollen, dann geht das im oberen Stockwerk los! Auf dem Klavier!! Und so entsetzlich falsch gespielt! Und wie im unteren Stockwerk Sound-so, die ihren Mann so stark unter dem Pantoffel hat, schreit und schimpft! Und das Teppichklopfen! Als ob 'ne ganze Sandwüste in dem alten Lappen säße. — Und so weiter und so weiter! Ach, gäbe es doch überhaupt keine Nachbarn!" So stöhnen wir, ungerechte Menschen. Seien wir doch ehrlich! Betragen wir, die wir doch auch Nachbarn sind, nämlich Nachbarn derer, die unsere Nachbarn sind — betragen wir uns so, daß wir sagen dürfen: „Wir geben unsern Nachbarn niemals Anlaß zum Jammern und Stöhnen? Prüfen wir uns!. Engel sind wir so wenig wie unsere Nachbarn.

Friedlich sein! Höflich sein! Wenn unsere Nachbarn uns stören — nicht fluchen dann! Zu den Leuten gehen! Freundlich mit ihnen reden! Dann werden sie in Zukunft rücksichtsvoller sein — vorausgesetzt, daß auch wir Rücksicht nehmen.

*

Laasphe:

* **Um die Wasserleitung.** Gestern abend hat eine Besprechung der Stadtverordneten und des Magistrates mit dem Bausachverständigen Regierungsrat Jansen aus Hagen und den Vertretern der Baufirmen Scheven-Düsseldorf und Hume-Berlin stattgefunden. Nach eingehender Besichtigung des Wasserleitungsbaues und ausführlicher Besprechung hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß man am besten fährt, wenn man die Betonrohre liegen läßt. Mit Bestimmtheit soll die Wasserleitung in vier bis sechs Wochen dicht sein. In einer vorläufigen Abmachung hat sich die Baufirma bereit erklärt, die Garantie auf 6 bezw. 10 Jahre auszudehnen. Wir berichten morgen ausführlich darüber.

* **Ein ganz plötzlich auftretendes Gewitter** entlud sich gestern nachmittag über unserer Stadt. Ein außerordentlich heftiger Donnerschlag ließ manchen erschrecken. Von einem größeren Schaden ist nichts bekannt geworden. Doch hat der den heftigen Donner verursachende Blitz in mehreren Häusern in die elektrische Lichtleitung eingeschlagen und die Sicherungen zerstört. Mit dem Gewitter war ein sehr starker Regenfall verbunden.

Wettervorhersage für Donnerstag: Veränderlich, doch meist bewölkt, wiederholte Regenfälle, auffrischende westliche Winde.

Erndtebrück:

Mit kurzen Unterbrechungen folgte gestern den ganzen Tag über ein Gewitterregen dem andern, wodurch viel Heu dem Verderben ausgesetzt ist. Wie wir erfahren, haben verschiedene hiesige Bauern noch bis zu zehn Fuhren Heu auf der Wiese liegen. Da es sich in den meisten Fällen um frisch geschnittenes Gras handelt, das also, wie der Bauer in solchen Fällen zu sagen pflegt, auf der Bleiche liegt, wird dasselbe vollständig ausgewässert und hat kaum noch irgend welchen Nährwert. Wenn daher nicht bald besseres Wetter eintritt, wird der Verlust ein recht empfindlicher sein. Auch für den Roggen hält der Regen zu lange an, da schon ganze Felder glatt am Boden liegen. An ein Wiederaufrichten ist kaum zu denken, da die voll entwickelten Aehren den Halm nieder halten. Die weitere Folge ist dann, daß Gras und Unkraut hindurch wachsen, die Reife beeinträchtigen und die Ernte erschweren. Baldiges trockenes Wetter wäre für unsere Landwirtschaft sehr zu wünschen.

Die Maurerarbeiten an dem Neubau für die Landwirtschaftsschule sind soweit vorgeschritten, daß mit dem Richten schon in den nächsten Tagen begonnen werden kann. Leider werden auch die Neubauarbeiten, soweit die Bauten noch nicht unter Dach sind, durch das anhaltende Regenwetter wesentlich verzögert, was in der gegenwärtigen Jahreszeit besonders ins Gewicht fällt.

*

** **Marburg.** Wertvolle vorgeschichtliche Funde. Unter Leitung des Direktors des vorgeschichtlichen Seminars der hiesigen Universität, Prof. Dr. Merhart von Bernegg, wurden in unmittelbarer Nähe des sog. Lichtekuppels in den Lahnbergen zwei Hünengräber freigelegt, die wertvolle Funde zu Tage brachten. In dem Hauptgrab, das zehn Meter Durchmesser hatte, fanden sich Gefäße, die der Beschaffenheit und Form nach dem süddeutschen Gebiet angehören. Das zweite, kleinere Grab war insofern interessant, daß es eine Urne mit Nachbestattung (also zwei Personen) enthielt. Die Gräber, deren Inhalt dem vorgeschichtlichen Seminar im Kunstinstitut einverleibt ist, stammen aus der Zeit um 1000 v. Chr.

** **Marburg.** Einigungsbestrebungen unter den hessischen Kirchen. Unter dem Vorsitz des Landesoberpfarrers D. Möller (Kassel) waren hier Besprechungen wegen Zusammenschlusses der fünf Landeskirchen, bei denen dargelegt wurde, daß die Zusammenfassung der fünf südwestdeutschen Kirchen, nämlich der unitarischen, der föderativen, der lutherischen, der reformierten und evangelischen unbedingt notwendig sei. Es wurde beschlossen, einen Zweckverband und eine Arbeitsgemeinschaft in der Form von zwei Unterausschüssen zu bilden, die beide zunächst die für die Bildung einer unitarischen Kirche geleisteten Vorarbeiten prüfen und nötigenfalls weiterführen sollen. Der eine Ausschuß, bestehend aus je einem Abgeordneten der fünf Kirchenparlamente, soll die bei der Kirchenvereinigung in Betracht kommenden finanziellen Fragen, der andere Ausschuß, bestehend aus je zwei Mitgliedern der Kirchenparlamente, soll die Probleme der Verfassung in theologischer und juristischer Beziehung prüfen. Man nimmt an, daß die Arbeiten soweit gefördert werden können, daß im September in Marburg von neuem über den Zusammenschluß verhandelt werden kann.

** **Marburg.** Rabindranath Tagore spricht in Marburg. Der hiesigen Akademischen Auslandsstelle ist es gelungen, den indischen Dichter Rabindranath Tagore zu einem Vortrage am 28. Juli in Marburg zu verpflichten.

** **Hilchenbach.** Mit einem Lichtbildervortrag über „Jugendwandern und Jugendherbergen" tritt die hiesige Ortsgruppe des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen zum ersten Mal an die Oeffentlichkeit. Er findet am kommenden Samstag um 20.15 Uhr im Saal des Hotels „Deutscher Hof statt. Als Vortragender wurde Studienassessor Arno Steglich von der Jugendburg Freusburg gewonnen, der kürzlich hier mit besonderem Erfolg vor sämtlichen Schulen über das Jugendwandern gesprochen hat. Während des Vortrages wird eine große Anzahl naturfarbiger Buntaufnahmen aus dem Jugendwander- und Jugendherbergsleben gezeigt, die von Ing. W. Immig für den Jugendherbergsverband aufgenommen wurden. Die hiesige Volksschule soll den Abend durch einige Wanderlieder ausschmücken. Es ergeht an die gesamte Bevölkerung die herzliche Einladung, diesen Abend zu besuchen, der in Wort und Bild Einblick in das Jugendherbergswerk geben soll, das zu den wenigen Dingen gehört, die von allen Schichten mit gleicher Wärme unterstützt werden. Im Anschluß an den Vortrag findet die förmliche Gründung der Ortsgruppe statt, die unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Moning steht.

Aus Nah und Fern.

** **Kassel.** Der Fall Katzenstein. Zu der von manchen Blättern gebrachten Meldung, wonach u. a. Katzenstein die Einnahme der Rheinischen Luftfahrt-Industrie, G. m. b. H., die sie auf ihrem ersten Krefelder Flugtag erzielte, entwendet und damit durchgebrannt sei, erklärt der Rechtsbeistand Katzensteins in dessen Auftrag folgendes: Diese Anwürfe sind unwahr und von dem ursprünglichen Verbreiter gegen sein besseres Wissen verbreitet worden. Es ist insbesondere unrichtig, daß Katzenstein unter Mitnahme irgendwelcher Gelder aus Krefeld verschwunden wäre. Katzenstein wohnt nach wie vor in Krefeld und hat hier seine Wohnung niemals aufgegeben. Die Einnahmen des Flugtages sind keinen Augenblick in seinem Besitz gewesen. Ueber die sonstigen Inkassi für die G. m. b. H., zu denen er berechtigt war, und die sich im Laufe eines Monats im ganzen auf einige hundert Mark beliefen, hat er ordnungsmäßig Abrechnung erteilt. Im übrigen schuldet ihm die Rheinische Luftfahrt-Industrie, G. m. b. H., noch in seiner Eigenschaft als Fluglehrer rund 1300 RM. rückständige Gehaltszahlung. Richtig ist dagegen, daß die Einnahme des Remscheider Flugtages, der nach dem Krefelder Flugtag stattfand, von einem Gläubiger der G. m. b. H. (es handelt sich um den Bruder Kurt Katzensteins) auf Grund eines Urteils des Landgerichts Kassel gepfändet wurde. Richtig ist allerdings, daß auf Veranlassung des Geschäftsführers der Rheinischen Luftfahrt-Industrie, G. m. b. H. — Herrn Raab — in dessen Abwesenheit eine Haussuchung bei Herrn Katzenstein stattfand, bei der ihm zwei Alben mit Lichtbildern der von ihm ausgebildeten Flugschüler, ferner eine Mappe Privat-Korrespondenz beschlagnahmt wurden. Gegen diese Beschlagnahme hat Katzenstein Beschwerde erhoben, über die das Gericht noch entscheiden wird.

Neues Beweismaterial gegen Kürten. Wie die Justizpressestelle Düsseldorf mitteilt, ist eine wichtige Zeugin in der Kürten-Angelegenheit in der Person des wiederholt genannten „Mädchens mit dem Fuchspelz" ermittelt worden. Die Vernehmung der Zeugin hat weiteres Beweismaterial gegen Kürten erbracht.

Folgenschweres Lastautounglück. Ein Lastauto mit 22 Feuerwehrleuten, die von einem Feuerwehrfest in Böhmisch-Rybna heimkehrten, geriet bei Prosetsch auf einer Brücke ins Schleudern, durchbrach das Brückengeländer und stürzte, sich überschlagend, aus einer Höhe von fünf Metern in den ausgetrockneten Bach. Von den Insassen wurden 17 schwer verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen gestorben. Drei Feuerwehrleute kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der unverletzt gebliebene Führer des Wagens hat sich in der Wohnung seiner Eltern erschossen.

Ansturm auf eine städtische Sparkasse. Im Zusammenhang mit dem Konkurs eines Viehhändlers in Kempten durcheilten Gerücht evon schweren Verlusten der städtischen Sparkasse die Stadt, die zu einem Ansturm auf die Schalter der Kasse führten. Oberbürgermeister Merkt versuchte in einer persönlichen Ansprache die erregte Menge zu beruhigen. Bis zum Abend hat die Städtische Sparkasse Kempten alle verlangten Guthaben, auch die unkündbaren, im Gesamtbetrage von 305 000 Mark ausgezahlt. Trotzdem der Stadtrat und die Sparkasse einen öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung richteten, ging der Ansturm auf die Sparkasse noch weiter. Irgendwelche Befürchtungen wegen der Sicherheit der Guthaben bestehen nach einer öffentlichen Erklärung des Stadtrates nicht.

Unterschlagungen bei der Kreiskasse in Harzburg. Der Kreiskassenbuchhalter Redner ist unter dem Verdacht, Veruntreuungen in großem Umfange begangen zu haben, verhaftet worden. Die Untersuchung ist im Gange. Es soll sich um Unterschlagungen in Höhe von 80 000 Mark handeln.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Den 28 jährigen Schlosser Franz Armbruster, Demminer Straße 10 zu Berlin fand man in der elterlichen Wohnung durch Gas vergiftet tot auf. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Das Motiv ist allem Anschein nach in Arbeitslosigkeit zu suchen. A. war nach 6 jähriger Dienstleistung bei der Schutzpolizei wegen Schwerhörigkeit entlassen worden. Seither war er mit kurzen Unterbrechungen arbeitslos. Dies scheint er sich zu Herzen genommen zu haben.

Starkes Erdbeben in Amerika registriert. Der Seismograph der Fordham-Universität verzeichnete am Montag zwischen 5.46 und 5.51 Uhr nachmittags amerikanischer Ostnormalzeit ungewöhnlich heftige Erdstöße, die auch von den Seismographen in Washington, Denver und Milwaukee registriert wurden und deren Zentrum, wie man annimmt, sich in der Nähe der Küste von Guatemala befunden hat. Das Erdbeben war das stärkste, das hier seit dem Seebeben im November v. J., das zu dem Bruch der atlantischen Kabelleitungen an der Neufundlandküste führte, festgestellt worden ist.

Die Zurückziehung der Thüringer Schulgebete.

Weimar, 16. Juli. In politischen Kreisen verlautet, daß die thüringischen Schulgebete, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 11. Juli als verfassungswidrig erklärt wurden, dadurch aufgehoben werden sollen, daß im Amtsblatt des thüringischen Ministeriums das Urteil des Staatsgerichtshofes mit seiner Begründung veröffentlicht wird. Dies werde dann als Aufhebung des Erlasses gelten.

Böß legt Berufung ein.

Berlin, 16. Juli. Oberbürgermeister Böß hat gegen das Urteil der Disziplinarkammer, das seine Pension kürzte und in eine „Unterstützung" auf Lebenszeit verwandelte, jetzt Berufung eingelegt. Die Berufungsschrift erklärt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu Unrecht bestünden und daß besonders das ehrenrührige Urteil der Disziplinarkammer viel zu hart sei. Böß fordert regelrechte Pensionierung, wie er das bei einer jahrzehntelangen Tätigkeit al Kommunalbeamter verdient habe. Seine Vernachlässigungen seien nicht so schwerer Nattur, daß er disziplinarisch bestraft werden müßte.

Der Fall Bassanesi.

Bern, 16. Juli. Der Tessiner Polizeipräsident erstattete dem Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung im Falle Bassanesi Bericht. Danach bestreitet Bassanesi erwiesene Tatsachen, es steht jedoch fest, daß er die Propagandaschriften in Mailand abgeworfen hat. Nicht aufgeklärt ist die Rolle, welche der ehemalige Besitzer des Flugzeuges hinsichtlich der Vorbereitung und Ausführung des Fluges gespielt hat. Nicht aufgeklärt ist die Vorbereitung und Verladung der Flugblätter in Lodrino. Rechtlich ist festgestellt, daß der Flieger den Bundesratsbeschluß über den Luftverkehr von 1920 verletzt hat und deshalb zu bestrafen ist.

Zugzusammenstoß in England.

London, 16. Juli. Auf dem Bahnhof von Grimsby stießen heute zwei Personenzüge zusammen. Mehr als 30 Reisende wurden verletzt und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

Fünf Todesopfer eines Automobilunglücks.

Teruel (Aragonien), 16. Juli. Wie aus Fuentes Claras verlautet, ist dort ein mit fünf Personen besetztes Auto umgestürzt, wobei sämtliche fünf Insassen tödlich verletzt worden sind.

Der neue Lotterie-Spielplan

Mit der Erhöhung des Preises des Klassenloses von 120 auf 200 Mark ist eine grundlegende Aenderung des Spielplanes der Klassenlotterie verbunden, die in einigen Tagen offiziell bekanntgegeben werden soll. Ueber den wesentlichen Inhalt der Reform werden in einem Berliner Blatte folgende Mitteilungen gemacht:

Die Mehreinnahmen der Klassenlotterie in Höhe von rund 50 Millionen Mark, die sich aus dem höheren Lospreis ergeben, werden durchweg auf die Vermehrung der mittleren und der kleineren Gewinne von etwa 3000 bis 20 000 Mark verwendet. Die Zahl dieser Gewinne wird sich in manchen Kategorien bis auf das Vier- und Fünffache erhöhen lassen. Die Tendenz der Reform ist, das Spiel über das Warten auf das große Los hinauszuheben und den Loskäufern größere Aussichten auf die Erzielung kleinerer Gewinne zu bieten. Von verschiedenen Seiten war die Anregung gemacht worden, von den ganz großen Gewinnen einen Teil abzuspalten und auf kleinere Gewinne aufzuteilen. Das hätte aber wenig Sinn gehabt, denn selbst wenn man das große Los und die Prämie von je 500 000 Mark (also zusammen 2 Millionen Mark in beiden Abteilungen) abgeschafft hätte, wäre bei einer Aufteilung auf die große Masse der Lose noch nicht viel herausgekommen. Man hat deshalb die ganz großen Gewinne unverändert gelassen.

Eine kapitalkräftige Finanzgruppe soll übrigens den Versuch gemacht haben, die Klassenlotterie in eigene Regie zu bekommen, doch scheiterten diese Bestrebungen an dem Widerstand der amtlichen Stellen.

Besuchst du mal den deutschen Rhein,
Kehr auch beim Schreiberpaul mal ein!



Hotel - Restaurant
Zur Alten Burg
Große und kleine Gesellschaftsräume
Gute Küche - Erstklassige Weine
Solide Preise.
Inh. Paul Schreiber
Vermittlung durch Gasthof Schreiber, Niederlaasphe
Boppard a. Rhein am Marktplatz.

Bilder-Einrahmung,
sowie Bilderleisten
nach Angabe geschnitten,
Glas und Zubehör
liefert
K. Kämmereit, Laasphe
Bahnhofstraße.

Wiederverkäufer
Baumwollwaren
Wollwaren
Kurzwaren
Trikotagen
kauft man nur bei
HeinrichKeller, Siegen Kölnerstrasse 27

Neuntöter:
Heute abend 8.30 Uhr

Für die uns in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken herzlich

Adolf Scheuer und Frau
Elisabeth geb. Müller
Laasphe

Lina Schmidt
Wilhelm Müller
Feudingen

16. Juli 1930.

Wenn Sie **Geld** als **Hypothek** an 1., 2. u. 3. Stelle, Neubaugelder, oder **Darlehen** für Beamte, Angestellte, Geschäftsleute und Private suchen, dann wenden Sie sich bitte an Herrn

Joh. Link, Offenbach a. M., Querstr. 20.

Bin auch persönlich zu sprechen am **Donnerstag den 17. 7. 30** im Saale des Hotel Patt in **Erndtebrück** von **12—3 Uhr.**

Keine Vermittlungsprovision. Seriöse Vertreter gesucht. Bei Anfragen Rückporto beifügen.

Hühneraugen beseitigt radikal **„ISCRET"** Wittg. Drogerie Max Hintz.

Sämtliche Drucksachen liefert preiswert Buchdruckerei E. Schmidt Laasphe

Neue **Früh-Kartoffeln** Böhms allerfrüh., gelbe, Ia ausgereifte Wetterauer Ware, Mk. 4,80 p. Ctr. incl. Sack versend. ab Station Echzell gegen Nachnahme **Ludwig Erb,** Kartoffelversand-Geschäft, Echzell/Wetterau.



Wovon man spricht!

Heidewachtel	10	Pfg.	Zigarre
Stammgast	15	„	„
Blausiegel	15	„	„
Hegering	20	„	„
Handgriff	20	„	„
Primanora	25	„	„
Nr. 168	30	„	„

II. Sortierung

Bewährte Qualitäten!

Franz Henrich, Dillenburg.

Allgemeiner- Deutscher Jagdschutzverein.

Am 22. bis 25. 8. dieses Jahres findet in Münster i. Westf. die Westfälische Jagdausstellung statt. Die Mitglieder, welche Beutestücke ausstellen wollen, erhalten Anmeldeformulare durch Herrn Registr. Vorst. Kurtz, Münster, Achtermannstr. 19.

Saßmannshausen, den 15. 7. 1930.

Dr. Fischer, Oberförster.

Viel Geld gespart, das ist Dein Lohn,



Wenn Du nur heizt Briketts „Union"!

Autofahrten Omnibusfahrten

Fernruf 100.

Kann der Film noch Neues bieten?

Skepsis im Lager der Fimgewaltigen — Die Entwicklung des Kinos — Der Film von einst und jetzt — Tonfilm und Stars — Wie das Publikum urteilt

Sofern es sich nicht gerade um amerikanische Filmgewaltige handelt, die infolge ihrer Beheimatung glauben in allen Möglichkeiten unbegrenzt zu sein, macht sich unter den übrigen Filmleuten bereits jetzt eine starke Skepsis bemerkbar. Diese Skepsis ist aber nicht etwa eine bloße Saisonerscheinung, weil die Filmgeschäfte momentan überhaupt schlecht florieren, sondern sie gilt der Frage, ob der Film überhaupt noch größere Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten besitzt, und ob der Höhepunkt des Erreichbaren nicht schon erklommen ist. Die Unruhe ist fraglos durch den Tonfilm hervorgerufen worden, auf den wir nachher noch zu sprechen kommen, und, machen wir uns nichts vor, er hat nicht jene begeisterte Aufnahme gefunden, die man damals in Fachkreisen vorausgesagt hatte.

Wenn man das Stadium, in dem sich der Film heute befindet, klar erkennen will, ist es unumgänglich, sich einmal mit der Vergangenheit des Films zu beschäftigen.

Als vor ungefähr 25 Jahren der Film noch für jedermann den Reiz der Neuheit bot, als Max Landa, Ehster Carena und Pola Negri die ersten Sterne am Filmfirmament waren, als Emil Jannings gewissermaßen noch Kommis beim Film war, hatte die Produktion schon erkannt, daß man die Möglichkeit erreichen müsse, die bewegliche Photographie tönend zu gestalten. Die Bioskop-Filmgesellschaft brachte bereits kurze Zeit darauf den ersten „Tonfilm" heraus, der jedoch vermöge einer Walze, die über einen Phonograph lief, zustande gekommen war. Mag diese Sache so primitiv gewesen sein wie sie konnte, für die heutige Stufe des Films ist wesentlich, daß sich die Filmindustrie bereits vor 25 Jahren darüber im Klaren war, das der Tonfilm das höchste erreichbare Ziel des Films sei. Die Filme wiesen damals noch nicht annähernd solch eine „Kilometerzahl" auf wie heute, die Darstellung war noch kitschig, heute sagen wir unmodern, Architektur und Scenerie ließen viel zu wünschen übrig, und der verfilmte Stoff war überaus banal. Während man in letzter Zeit Romanstoffe erster Autoren verfilmte, während man Operetten und Schauspiele drehte, enthielten die damaligen Filme entweder kriminellen Stoff, schwulstige Liebesromane usw. Auch war die Produktion der kurzaktigen Lustspiele recht groß.

In 25 Jahren seiner Popularität hat der Film in dramaturgischer Hinsicht das Meiste erschöpft, hat im Bezug auf Darstellung ein Niveau erreicht, daß sich kaum noch verbessern läßt, und als letzte Etappe ist nun der Klang- und Sprechfilm entstanden.

Mit dem Tonfilm war nicht nur in technischer Hinsicht eine einschneidende Aenderung in der Filmproduktion geboten, sondern er bedingte andere Drehbücher, andere Manuskripte und vor allem ein anderes Menschenmaterial. Es hat sich doch erwiesen, daß viele der einstigen Stars aus der Karriere geworfen wurden, weil sie eben rein stimmlich den Anforderungen des Tonfilms nicht genügten. Inzwischen sind Tonfilme mit bedeutenden Stoffquellen in den Kinotheatern zur Aufführung gelangt, man erinnere nur an Atlantic, und die Tonfilmoperetten begannen ihren Siegeslauf. So schien es wenigstens, denn die Tonfilmdichter und Komponisten sahen siegesbewußt plötzlich eine goldene Zukunft vor sich, schwelgten in allen möglichen und unmöglichen Themen, und es wurden mit Ausnahme einiger Kriegsfilme, mit technischen Geräuscheffekten, nur noch Tonfilmoperetten gedreht.

Ungeheuer ist die Menge der Tonfilmoperetten. Man denke nur an die vielen Titel: Zwei Herzen im Dreivierteltakt, Der blaue Engel, Der Liebeswalzer, Liebe auf den ersten Blick, Wien, Du Stadt der Lieder, Melodie des Herzens und viele andere. Einige Filmproduzenten wollten ihrem Publikum etwas Besonderes bieten und brachten kolorierte Tonfilme heraus. Neben diesen Tonfilmoperetten gab es einige amerikanische Tonfilmproduktionen mit Al Jolson in „Singing fool" und „Der Jazzsänger". Man muß also wohl erkannt haben, daß die musikalische Operette derjenige Stoff ist, der sich am besten für den Tonfilm verwenden läßt.

Wie urteilt nun das Publikum darüber, Alle Filmtheater machen schlechtere Geschäfte denn je. Gewiß sind während der heißen Sommermonate die Kinos immmer weniger bevölkert, aber eine solche Besucherflaute wie in diesem Jahre war noch niemals zu verbuchen. Die Kinobesucher haben ja auch offen erklärt, daß sie dem Tonfilm auf die Dauer keinen Geschmack abgewinnen können, während die Filmtheaterbesitzer selbst über einen Mangel an wirklich guten Tonfilmen zu klagen haben. Diese Tonfilmoperetten sind nämlich ein sehr zweischneidiges Schwert. Hier kommt der Film zum ersten Male mit dem Theater, mit der Operettenbühne in Kollision. Während die Theater früher unter der Haussee der Kinos zu leiden hatten, ist also jetzt der Zustand erreicht, daß das Publikum erkannt hat, daß der verarbeitete Filmstoff dem Theater vorbehalten bleibt. Ganz richtig und einfach diese Auffassung. Eine Operette sieht man lieber von der Bühne herab, weil sie sich lebendiger, lebenswahrer zu gestalten vermag. Der Tonfilm und die ganze Filminduftrie wird sich also nach neuen Möglichkeiten umsehen müssen, wenn sie nicht weiteren Abbruch erfahren will.

Woher der „Honigmond" seinen Namen hat . . . Schon im ersten Jahrhundert nach Christi erwähnt Plinius den Met als einen Wein, der nur aus Wasser und Honig bestände. Am besten würde er aus Regenwasser bereitet, das man schon fünf Jahre hätte stehen lassen. Manche, so erzählt er, mischten ein Drittel abgestandenes Regenwasser mit einem Drittel frischen, aber auch abgekochten Wassers und einem Drittel alten Honigs. Die Edda sagt, daß die Zwerge Fjalar und Galar, nachdem sie den weisen Koasin ermordet hatten, sein Blut mit Honig mischten und ein Getränk daraus bereiteten, das jedem, der es trank, die Gabe des Gesanges verlieh. Die Skandinavier tranken den Met leidenschaftlich gern. Sie führten ihn auch nach England mit, und da der Metbecher bei der Hochzeitsfeier, die 30 Tage dauerte, eine große Rolle spielte, so nannte man den ersten Monat nach der Verheiratung den „Honigmond". Von Attila erzählt man, daß er infolge von übermäßigem Metgenuß in der Hochzeitsnacht gestorben sei.

Die Schulreiterin

38] Roman von Margarete von Saß.

Nachdruck verboten.

Frau Hille, die allein in der Wohnung war, machte große Augen, als sie erfuhr, was mit Ingelene geschehen war.

„O jeh?" sagte sie kopfschüttelnd, „das ist wohl schlimm! Ja, dem Schurich habe ich gleich nicht getraut, aber daß sie sich dazu hergeben würde, nein, das hätte ich nicht von ihr gedacht. Sie hat so ein stilles Wesen."

Frau Hille sah eine Weile nachdenklich vor sich hin, dann sagte sie, gleichsam einen Punkt hinter das bisher Gesprochene setzend: „Ja, ja, stille Wasser sind tief." Sie erhob sich zum Zeichen, daß die Unterredung beendet sei. „Ich werde Herrn Courtee sagen, daß Sie hiergewesen sind. Er kommt gegen eins nach Hause."

Frau Hille sah ihr vom Fenster aus nach. Ob man der nun auch alles glauben konnte? ging es ihr durch den Kopf.

Als Courtee zurückkam, pünktlich, wie stets, um ein Uhr die Korridortür aufschloß, steckte Frau Hille den Kopf durch den Türspalt.

„Ach, da sind Sie schon!" sagte sie. „Ehe ich Ihnen das Essen bringe, muß ich Ihnen etwas mitteilen."

„Hoffentlich etwas Erfreuliches, Frau Hille."

Sie trat in den Korridor. „Ach Gott nein, im Gegenteil, etwas sehr Trauriges."

Er sah sie fragend an.

„Denken Sie doch, Herr Courtee, heute war 'ne Dame hier, eine von Warmbts Zirkus, der jetzt in Amsterdam war, und diese Dame hat mir traurige Sachen über Schurich und seine Tochter erzählt."

Sie machte eine kleine Pause, während sie Courtee ansah.

„Was ist denn?" fragte er und öffnete die Tür zu seinem Zimmer.

„Kommen Sie doch herein, Frau Hille. — Ist Fräulein Schurich krank?"

„Nein, sie ist verhaftet!"

Er wendete sich ruckartig zu ihr.

Frau Hille sagte kopfnickend: „Sie sitzt im Untersuchungsgefängnis in Amsterdam."

Courtee erblaßte. Um seine Erregung zu ersticken, zündete er sich eine Zigarette an. Seine Hände zitterten. „Setzen Sie sich," sagte er zu Frau Hille, während er sich nach dem Aschenbecher umsah, „und erzählen Sie, was geschehen ist".

Sie berichtete mit großer Weitschweifigkeit. Er hörte mit ungläubigem Staunen zu. Als sie schwieg, sagte er: „Die Aermste, wieviel sie durchmachen muß."

„Halten Sie sie für unschuldig?" fragte Frau Hille.

„Natürlich. Ich muß überlegen, wie ich ihr helfen kann." — ==

Frau Hilles Augen ruhten auf seinem Gesicht. Nun war das Staunen an ihr. Der gute Courtee war fähig, hier alles im Stich zu lassen, um zu ihr zu laufen.

Courtee erhob sich und ging gleich wieder fort. Er ballte die schmalen, festen Hände in seinen Manteltaschen und lief plan- und ziellos durch die Straßen.

Ich muß ihr helfen," denkt er immerfort, „ich muß ihr helfen". Aber wie? Einfach aus dem Engagement laufen, sich in den nächsten Zug setzen und nach Amsterdam fahren. Das Beste wärs. So mache ich es. Eine Weile hält er daran fest. Es gibt ihm ordentlich Ruhe. Nun spürt er auch ein Hungergefühl. Er sieht sich um und findet sich in der Karlstraße. Wie oftmals, geht er auch heute zu Steinert und Hansen. Das Gastzimmer, das er betritt, ist von Wärme und Behaglichkeit erfüllt.

Der Abend fällt ihm ein, den er hier kürzlich mit Henseleit und dem Grafen Lüderitz verlebt. Graf Lüderitz kannte Ingelene. Wenn er erfuhr, was ihr jetzt geschehen war? Einen Augenblick ging ihm das durch den Kopf. Der ourfte es nicht erfahren, der nicht.

Als er seine Bestellung machte, fragte er den Kellner:

„Ist der Herr Graf wieder mal hier gewesen?"

„Herr Graf von Lüderitz? — Ja == gestern erst."

„Wissen Sie nicht, ist er eben noch in Berlin?"

„Nein, er ist gestern abend mit seinem Auto nach Lüderitzhof zurückgefahren."

„Wo liegt eigentlich sein Gut?"

„Bei Havelberg, glaube ich, ich erinnere mich, daß der Chauffeur es mir mal erzählte."

„Ja, ganz recht, bei Havelberg."

„Wie lange dauert wohl die Autofahrt nach Havelberg?"

„Immerhin zwei Stunden."

„Soso. Zwei Stunden." Er sah auf die Uhr. Er blieb stehen, rechnete: zwei Stunden bis Havelberg — vielleicht noch eine bis Lüderitzhof. Das wären drei — eine halbe Stunde Aufenthalt. Drei wieder zurück. Er schüttelte den Kopf. Nein, das ging nicht, da kam er nicht zurecht. Was will ich da auch? Der Graf durfte doch nichts erfahren von Ingelenes schwerem Schicksal — oder doch? Konnte der am Ende helfen? Er sah das Gesicht des jungen Menschen vor sich, wie es aufleuchtete, als er von Ingelene sprach. Dieses Aufleuchten hatte ihn auf eine Vermutung gebracht. Vielleicht liebte Lüderitz Ingelene? Das war leicht möglich. Und wenn es so war, dann würde er zu ihr eilen — ihr helfen, der konnte es doch! War durch nichts gebunden. Der Gedanke setzte sich fest in seinem Kopf. — „Ich muß ihn sprechen!" entschied er. Heute war es zu spät, aber morgen. Morgen konnte er sich von der Probe frei bitten. Dann hatte er den halben Tag vor sich.

Zwei Stunden später klingelte er telephonisch in Lüderitzhof an. Er meldete seinen Besuch für den nächsten Vormittag an; wann der Herr Graf am besten zu sprechen sei? Zwischen elf und eins wurde ihm gesagt. Er konnte die Zeit nicht abwarten, bis es so weit war. In der Nacht fand er keinen Schlaf. Eine unerträgliche Unruhe war in ihm. Zu sieben Uhr früh hatte er das Auto bestellt . . .

15. Kapitel.

Ueber dem Gutshause von Lüderitzhof strahlte die Wintersonne. Der Wagen hielt vor der Rampe. Courtee sah auf seine Uhr. Er kam wohl etwas zu früh, zu elf hatte er sich angemeldet. So spät war es noch nicht.

„Guten morgen, Herr Courtee!"

Er sah überrascht auf.

„Ach, guten Morgen, Herr Graf! Sie haben einen Morgenritt gemacht?"

„Ja, Herr Courtee." — Er saß ab, übergab dem hinzueilenden Reitknecht sein Pferd.

„Lassen Sie es mich erst anschauen, Herr Graf."

Die Herren reichten sich die Hände. Courtee trat an das Pferd heran, das der Reitknecht hielt. Er klopfte den schlanken Hals des Tieres.

(Forts. folgt.)